



Abstimmung vom 9.6.2013

Volkswahl des Bundesrats scheitert zum dritten Mal

**Abgelehnt: Volksinitiative «Volkswahl des
Bundesrates»**

Claudio Schwaller

Empfohlene Zitierweise: Schwaller, Claudio (2019): Volkswahl des Bundesrats scheitert zum dritten Mal. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Idee für eine Initiative zu einer Volkswahl des Bundesrates wird von der SVP im Januar 1998 lanciert. Die Partei sieht sich nach ihren Wahlerfolgen mit nur einem Sitz im Bundesrat nicht mehr angemessen repräsentiert, scheitert im Parlament aber wiederholt mit Kandidaturen für einen zweiten Sitz. Sie propagiert die Volkswahl vor diesem Hintergrund als Mittel, damit der Bundesrat «den Volkswillen» nicht mehr missachten könne. Die Forderung nach einer Volkswahl des Bundesrates ist zu diesem Zeitpunkt jedoch schon mehrmals vom Parlament und vom Volk (Volksinitiativen von 1900 und 1942, siehe Abstimmungen 58 und 135) abgelehnt worden.

2003 gelingt der SVP mit Christoph Blocher zwar die Eroberung eines zweiten Bundesratssitzes, vier Jahre später schafft Blocher die Wiederwahl in der Bundesversammlung aber nicht. Als Reaktion darauf beschliesst die SVP im August 2009 auf Antrag ihrer Zürcher Sektion, die seit langem angekündigte Initiative definitiv zu lancieren. Im Juli 2011 wird das Begehren mit 108 826 gültigen Unterschriften eingereicht.

In seiner ablehnenden Botschaft argumentiert der Bundesrat, dass das Volk zwar ein zusätzliches Recht erhielte und die Bundesratswahlen eine Chance für eine landesweite Debatte über die künftige Regierungspolitik böten, aber die Nachteile doch überwiegen würden. Die einzelnen Bundesratsmitglieder würden demnach mehr als parteipolitische Akteure auftreten und einen Dauerwahlkampf führen, was dem Kollegialprinzip zuwiderlaufen würde, und die Bundesversammlung würde im Spiel der Gewalten geschwächt. Des Weiteren würden laut dem Bundesrat die bevölkerungsreichen Kantone durch das neue Wahlverfahren bevorzugt. Ausserdem würde die in der Initiative vorgesehene Quote für das lateinische Sprachgebiet dazu führen, dass die Chancen des Tessins auf einen Bundesratssitz deutlich sinken würden und die rätoromanische Minderheit gar nicht erst berücksichtigt würde.

Im Parlament argumentieren die Befürworter der Initiative, dass die Bundesratswahlen nicht transparent seien und hauptsächlich dem Machtkalkül der Parteien diene. Die Initiative würde dies stoppen und die direkte Demokratie stärken. Die Gegner erwidern, dass der zu erwartende Dauerwahlkampf die Bundesratsmitglieder zusätzlich belasten würde und dass bei Annahme der Initiative die Konkordanz sowie das Kollegialitätsprinzip ausgehebelt würden. Zwei Minderheitsanträge von rot-grüner Seite für direkte Gegenvorschläge, welche unter anderem die Erweiterung des Bundesrates auf 9 Mitglieder verlangen, werden deutlich abgelehnt. Schliesslich empfehlen der Ständerat mit 34 zu 5 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) und der Nationalrat mit 137 zu 49 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) dem Volk, die Vorlage abzulehnen. Während im Ständerat die Initiative von allen Vertretern der SVP-Fraktion befürwortet wird, stimmen die SVP-Vertreter im Nationalrat nicht ganz geschlossen; dafür werden sie von einem Mitglied der Grünen unterstützt.

GEGENSTAND

Die Initiative verlangt, dass der Bundesrat nicht mehr durch die Bundesversammlung, sondern durch das Volk gewählt werden soll. Die Wahl würde als Majorzwahl in einem einzigen landesweiten Wahlkreis jeweils gleichzeitig mit der Nationalratswahl stattfinden. Mindestens zwei Sitze im Bundesrat sollen dabei für Kandidaturen reserviert sein, die in einem französisch- oder italienischsprachigen Kanton oder im nicht deutschsprachigen Teil eines mehrsprachigen Kantons wohnhaft sind. Das Bundespräsidium und -vizepräsidium sollen nicht mehr durch die Bundesversammlung, sondern durch den Bundesrat gewählt werden.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Parolen der Parteien widerspiegeln die Positionen der Fraktionen in der Bundesversammlung. So fassen einzig die SVP und einzelne kleine Rechtsparteien die Ja-Parole. Demgegenüber steht ein überparteiliches Komitee, dem alle übrigen Parteien angehören. Auch die im Bundesrat selbst nicht vertretenen Grünen, die schon ähnliche parlamentarische Vorstösse lanciert hatten, stellen sich gegen das Anliegen.

Die SVP setzt sich erstaunlich wenig für ihr Anliegen ein, abgesehen von der grossflächigen Verteilung einer Abstimmungszeitschrift (genannt «Extrablatt»). Einige SVP-Exponenten engagieren sich kaum im Abstimmungskampf oder beziehen teilweise sogar Stellung gegen die Initiative. Ausserdem beschliessen die Thurgauer Kantonalsektion die Nein-Parole und die SVP Unterwallis die Stimmfreigabe. Während die SVP von einer Stärkung des Mitsprachrechts des Volkes spricht und auf die Regierungsratswahlen in den Kantonen hinweist, vertreten die Gegner die Position, dass Bewährtes nicht gefährdet werden sollte. Unter anderem weisen sie darauf hin, dass man die Wahlen in den Kantonen nicht mit Wahlen im nationalen Rahmen vergleichen könne und dass die Quotenregel die Chancen des Tessins auf einen Bundesratssitz schmälere.

ERGEBNIS

Das Begehren wird deutlich mit 76,3% der Stimmen und von allen Ständen verworfen. In den Kantonen Freiburg, Neuenburg und Jura liegen die Nein-Anteile über 80%. Die höchste Zustimmung findet die Initiative mit 32,2% Ja-Stimmen im Kanton Tessin, was angesichts der Debatte um den Minderheitenschutz etwas überraschend kommt.

Laut den Nachbefragungen der Vox-Analyse bestand ein klarer Zusammenhang zwischen Annahme der Initiative und dem Regierungsvertrauen der Stimmenden. Während der Ja-Anteil bei Stimmenden, die dem Bundesrat vertrauten, unter 10% lag, kam er bei den wenig vertrauensvollen Stimmenden mit rund 49% der Mehrheit immerhin nahe. Selbst unter den SVP-Wählern erreichte die Initiative nicht mehr als 55% Ja-Stimmen. Auf besondere Ablehnung stiess die Vorlage mit einem Ja-Anteil von nur 16% bei den Frauen, während rund 32% der Männer ein Ja in die Urne legten.

QUELLEN

Bühlmann, Marc, und Hans Hirter (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates, 2009 - 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 21.7.2017.

Hirter, Hans (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Projekt der SVP zur Bundesratswahl durch das Volk (1998), 1998 - 2000*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 21.7.2017.

Hirter, Hans (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bundesratswahlen 2007, 2007*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 21.7.2017.

Nai, Alessandro, und Pascal Sciarini (2013). *VOX 111. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 9. Juni 2013*. Bern, Genf: gfs.bern und Département de science politique et relations internationales de l'Université de Genève.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 12.056).

Bundesblatt: BBl 2012 5655.